



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# STGF

über die  
2. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses  
am Dienstag, dem 15.11.2022  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:38 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Mehmet Akca  
Frau Alexandra Bartosch  
Frau Johanna Bartosch  
Herr Oliver Bartosch  
Frau Carina Feige  
Frau Christiane Klanke  
Frau Wiebke Kramer  
Frau Brigitte Langer

## CDU

Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Wilhelm Kemna  
Frau Dr. Petra Kleinz  
Frau Helga Pszolka  
Herr Ernst-Dieter Standop  
Frau Gisela Windmüller

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen  
Herr Marian-Rouven Madeja  
Frau Tanja Wronski

## FW Kamen

Herr Ulrich Müller

## FDP

Herr Klaus Hößl

## Sachverständige

Herr Helmut Brand  
Frau Daniela Brock  
Frau Petra Jung

Frau Kerstin Schneider  
Herr Manfred Scholz

Verwaltung

Herr Harun Cakar  
Marina Dörmann  
Herr Andreas Eichler  
Herr Johannes Gibbels  
Herr Willi Präkelt  
Frau Ines Rieger  
Frau Hanna Schulze

Gäste

Frau Hayakawa  
Herr Ludwig

Entschuldigt fehlten

Frau Martina Dulleck-Blumenröhr  
Frau Bärbel Filthaut  
Herr Klaus Gödecker  
Herr Klaus-Dieter Grosch  
Frau Gabriele Hartleif-Müller  
Herr Heinz Detlef Klafke  
Frau Christina Kollmann  
Frau Manuela Laßen  
Frau Heike Roß  
Frau Ulrike Skodd  
Frau Frauke van Lück  
Herr Jörg Wüster

Anstelle der verhinderten Ausschussvorsitzenden leitete Herr **Kemna** die Sitzung. Er stellte fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht zugegangen sei. Änderungswünsche zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Einleitend verlas Herr **Kemna** für das neue Ausschussmitglied Frau Johanna Bartosch die Verpflichtungsformel.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Pflegewohngemeinschaft in Kamen Referenten: Herr Ludwig (Geschäftsführer), Frau Hayakawa (Leitung Pflegedienst), Fa. AlterNativ-Wohnen	
3	Kommunales Integrationsmanagement hier: Bericht der Verwaltung	
4	Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	

5	Anregungen aus den Behindertenverbänden
6	„Treffbar“ in Kamen - Bericht der Verwaltung - hier: Antrag der SPD- und CDU-Fraktion
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Pflegewohngemeinschaft in Kamen  
Referenten: Herr Ludwig (Geschäftsführer), Frau Hayakawa (Leitung Pflegedienst), Fa. AlterNativ-Wohnen

Es wurde anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Präsentation referiert.

Herr **Ludwig** schilderte die Entwicklung der Wohngruppen GmbH. In Kamen gebe es derzeit die fertiggestellte Einrichtung an der Unnaer Straße sowie eine zum Zeitpunkt der Sitzung im Bau befindliche an der Hammer Straße. Antrieb zum Betreiben einer derartigen Gesellschaft sei der eigene familiäre Hintergrund gewesen. Man wolle eine Alternative zum Heim bieten. Durch unterschiedlichste Angebote sollen noch vorhandene Ressourcen der Bewohner erhalten werden. Die Bewohner würden mit der GmbH einen normalen Mietvertrag sowie mit dem Pflegedienst einen Betreuungsvertrag abschließen. Diese Betreuungsverträge könnten auch individuell ausgestaltet werden.

Frau **Klanke** fragte nach, ob die Bewohnerschaft sich überwiegend aus Kamenern zusammensetze und wie man Kunden akquiriere.

Herr **Ludwig** erwiderte, dass die Bewohner in weiten Teilen aus dem Kreis Unna stammen würden. Der Bekanntheitsgrad werde nicht durch Mundpropaganda erreicht, sondern zu über 80 % durch das Internet.

Herr **Kemna** erkundigte sich nach dem Auslastungsgrad der Kamener Wohngruppen.

Herr **Ludwig** antwortete, dass derzeit 2 Zimmer frei seien. In der Eröffnungsphase würde man gezielt nicht mit einer hundertprozentigen Auslastung arbeiten.

Der von den Bewohnern zu tragende Eigenanteil belaufe sich in Kamen auf ca. 2.500 €. Pflege in Deutschland sei teuer und gutes Personal müsse auch adäquat bezahlt werden.

Frau **Dr. Kleintz** äußerte, dass wohl eher betuchtere Leute die Kundschaft darstellen würden.

Sie interessiere sich für die perspektivische Aufenthaltsdauer in den Wohngruppen.

Frau **Hayakawa** erwiderte, Ziel sei schon ein Aufenthalt bis zum Lebensende. Bei gravierenden Problemen sei aber durchaus der Weg ins Heim notwendig. Von der Hammer Wohngruppe könne sie berichten, dass dort in 15 Jahren 2 Bewohner ausziehen mussten.

Herr **Standop** fragte nach, ob in dem genannten Eigenanteil die Mietkosten enthalten seien.

Herr **Ludwig** bestätigte das.

Herr **Fuhrman** erkundigte sich, inwieweit es Kooperationen mit den in Kamen angesiedelten Heimen gebe.

Herr **Ludwig** antwortete, dass man aus stationären Einrichtungen noch nie Bewohner aufgenommen habe, hingegen aus Krankenhäusern schon.

Herr **Kemna** dankte den Referenten für den informativen Vortrag.

Zu TOP 3.

Kommunales Integrationsmanagement  
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Rieger** und Herr **Cakar**, Mitarbeiter im Kommunalen Integrationsmanagement (KIM), stellten sich kurz vor. Sie referierten anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation.

Sie wiesen darauf hin, dass KIM ein festes Programm und dauerhaft für die Zukunft angelegt sei. Vorgestellt wurde detailliert der Aufbau des Programms, wobei die Netzwerkarbeit der beteiligten Akteure als wertvollstes Ziel hervorgehoben wurde. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsweise von KIM rechtskreisübergreifend angelegt sei.

Zu TOP 4.

Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Relevante Themen lagen nicht vor.

Zu TOP 5.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Aus den Reihen der Behindertenverbände gab es keine Anregungen.

Zu TOP 6.

„Treffbar“ in Kamen - Bericht der Verwaltung -  
hier: Antrag der SPD- und CDU-Fraktion

Herr **Fuhrmann** erläuterte für die CDU-Fraktion noch einmal den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD. Initiativ sei die Seniorenunion geworden. Dort habe man den Wunsch geäußert, in der Innenstadt vorhandene Leerstände zu nutzen, um einen Treffpunkt zu errichten, der dann auch die Innenstadt attraktiver machen solle. Dieser Treffpunkt sei unter dem Jahr mit dem Namen Treffbar eröffnet worden. Seitens der Verwaltung wollte man eine Nutzung auch von anderen Gruppen. Er wies darauf hin, dass die Treffbar als solche von außen keinen hohen Erkennungswert besitze.

Frau **Klanke** wies für die SPD-Fraktion darauf hin, dass man sich dort auch Angebote für Kinder und Jugendliche gewünscht habe. Sie erkundigte sich nach der Laufzeit des Mietvertrages.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Fördervereins „FörJu“ referierte Herr **Gibbels** anhand eines Konzeptes, das der Niederschrift in Kopie beigefügt ist.

Einleitend wies er darauf hin, dass die Treffbar von FörJu ehrenamtlich nach Feierabend betrieben werde. Die Arbeit würde im Wesentlichen von 4 Leuten gemanagt werden. Rückmeldungen aus Seniorenvereinen erfolgten bisher dünn bis gar nicht.

Detailliert schilderte er die durchgeführten Veranstaltungen sowie die vorgehaltenen Angebote. Er wies darauf hin, dass der Mietvertrag für die genutzten Räumlichkeiten zum 31.10.2023 zusammen mit den in Anspruch genommenen Fördermitteln auslaufe. Herr **Gibbels** bewertete die genutzte Immobilie für sich als gut. Zur besseren Wiedererkennbarkeit sei eine neue Plakatierung an dieser geplant.

Herr **Fuhrmann** wies darauf hin, dass nach seiner Wahrnehmung im hinteren Bereich der Lokalität das Licht brenne, obwohl die Räume nicht genutzt würden. Er dankte Herrn Gibbels für den umfangreichen Vortrag.

Herr **Gibbels** ergänzte, dass seitens des Servicebetriebes Bewegungsmelder installiert würden, um das Problem zu beheben.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Eichler** teilte mit, dass zum Zeitpunkt der Sitzung 620 Personen durch die Asylstelle betreut würden. Neben den ukrainischen Flüchtlingen seien darin 67 neu zugewiesene Personen enthalten. Mit weiteren Zuweisungen sei zu rechnen; man sei jedoch darauf vorbereitet.

Herr **Gibbels** wies darauf hin, dass die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern sich zunehmend problematischer gestalte. Derzeit seien in Bochum 300 UMA in Turnhallen untergebracht.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass das angedachte jährliche Hissen der Regenbogenflagge am 17.05 aus satzungsrechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kemna  
Vorsitzender

gez. Schulze  
Schriftführerin